
INHALTSVERZEICHNIS

INTERPELLATIONEN	3
<i>Behandelt in Ausschusssitzungen</i>	3
<i>Behandelt in Plenarsitzungen</i>	3
1. Interpellation von Frau Arens an Frau Ministerin Weykmans über die Situation im BRF	3
MÜNDLICHE FRAGEN	19
<i>Behandelt in Ausschusssitzungen</i>	19
<i>Behandelt in Plenarsitzungen</i>	19
SCHRIFTLICHE FRAGEN.....	21
<i>Fristgerechte Antwort</i>	21
1. Schriftliche Frage Nr. 97 vom 5. Juli 2012 von Herrn Grommes an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz über Kosten für Fahrzeuge des Ministeriums, der Regierung, der parastatalen Einrichtungen und Dienste mit getrennter Geschäftsführung	21
2. Schriftliche Frage Nr. 98 vom 12. Juli 2012 von Herrn Balter an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz im Zusammenhang mit dem REK-Projekt <i>Wirtschaften mit der Natur</i>	23
3. Schriftliche Frage Nr. 99 vom 12. Juli 2012 von Herrn Balter an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zur Unkostenpauschale	23
4. Schriftliche Frage Nr. 100 vom 11. September 2012 von Herrn Balter an Frau Ministerin Weykmans zur finanziellen Unterstützung von Berufssportlern durch die Deutschsprachige Gemeinschaft.....	24
<i>Nicht fristgerechte Antwort</i>	25
<i>Unbeantwortete Frage</i>	25
<i>Konsolidierte Übersicht der schriftlichen Fragen</i>	25

INTERPELLATIONEN

BEHANDELT IN AUSSCHUSSSITZUNGEN

Keine

BEHANDELT IN PLENARSITZUNGEN

Interpellation von Frau Arens an Frau Ministerin Weykmans über die Situation im BRF

Behandelt in der Plenarsitzung vom 18. September 2012

HERR SCHRÖDER, Präsident: Gemäß Artikel 65 der Geschäftsordnung kommen wir zur Interpellation von Frau Arens an Frau Ministerin Weykmans über die Situation im BRF. Frau Arens hat das Wort.

FRAU ARENS (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Anscheinend hat sich in diesem Jahr beim BRF ganz unerwartet ein Defizit in Höhe von 500.000 Euro aufgetan. Die Regierung wollte und konnte keine zusätzlichen Geldmittel für den BRF freimachen. Deshalb hat der Verwaltungsrat kurzfristig einschneidende Maßnahmen getroffen, um dieses Haushaltsloch zu stopfen. Er beschloss, vier Mitarbeiter zu entlassen. Weitere Personalkürzungen über Frühpensionierungen wurden angekündigt. Diese Entwicklung wirft Fragen auf, zu denen wir die Erläuterungen der Aufsichtsministerin hören möchten.

Im Herbst 2011 wurde im Parlament für den BRF ein ausgeglichener Haushaltsplan vorgestellt, der von der Regierung genehmigt worden war. Dies war eine erfreuliche Nachricht, nachdem der Haushalt 2010 mit einem Defizit von circa 240.000 Euro abgeschlossen wurde und für 2011 ein voraussichtliches Defizit von 300.000 Euro angekündigt war. Im hinterlegten BRF-Haushalt war sogar zu lesen, dass der Haushalt 2012 voraussichtlich sogar noch einen zusätzlichen Indexsprung verkraften könne.

In einem Interview, das das *Grenz-Echo* am 23. August 2012 mit Frau Ministerin Weykmans geführt hat, erklärte diese, dass schon im Frühjahr deutlich geworden sei, dass die Vorgabe eines ausgeglichenen Haushalts nicht erfüllt werde. Da stellt sich dann doch die Frage, was innerhalb so kurzer Zeit geschehen ist, dass der Haushaltsplan so ausufern konnte. Die bisher genannten Gründe für das Haushaltsloch sind noch nicht nachvollziehbar, handelte es sich doch um vorhersehbare Entwicklungen, die mitten im Jahr nicht so einfach vom Himmel fallen. Jeder Finanzverantwortliche und jeder Budgetprüfer hätte diese vorausschauend im Auge behalten müssen.

Haben die Simulationen, die Ihnen, Frau Ministerin, und dem Ministerpräsidenten und zuständigen Finanzminister der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorlagen, diese Entwicklungen nicht vorausgesehen? Lagen Ihnen überhaupt Simulationen für die Finanzentwicklung im BRF vor? Wenn nicht, wieso haben Sie diese Simulation dann nicht beantragt? Wie haben der Regierungskommissar und der Delegierte des Finanzministers ihre Rolle wahrgenommen? Ihnen und ganz bestimmt dem Delegierten des Finanzministers hätte doch die Haushaltsvorlage mit dem vorgesehenen ausgeglichenen Haushalt auffallen müssen. Wann haben Ihre Finanzexperten Sie auf die aktuelle Entwicklung aufmerksam gemacht? Was haben Sie daraufhin unternommen, Frau Ministerin? Wie hat die Regierung vor, mit diesem Defizit des BRF umzugehen? Wird sie dessen Dotation in der Haushaltsanpassung erhöhen? Wenn ja, aus welcher Zuweisung wird diese Anpassung bestritten? Oder wird sie den BRF die Suppe alleine auslöffeln lassen?

Die angekündigten Personalentlassungen und die vorgesehene Personalreduzierung durch Frühpensionierungen werden Auswirkungen auf die Arbeit und auf die Programmgestaltung des BRF haben. Einige diesbezügliche Entscheidungen hat der BRF-Verwaltungsrat ja schon getroffen.

Die ECOLO-Fraktion hält es nicht für sinnvoll, das bestehende Programm des BRF hier und da zu beschneiden. Es sollte schon klar sein, wohin die Reise geht, was auch in Zukunft die vorrangigen Prioritäten des BRF bleiben sollten und was weniger wichtig werden darf. Diese Prioritätensetzung kann und soll nicht nur Sache des BRF-Verwaltungsrates sein. Auch die Aufsichtsbehörde und das Parlament haben da ein Wort mitzureden. Es stellt sich jedoch auch die Frage, inwiefern der Geschäftsführungsvertrag zwischen dem BRF und der Regierung mit den vorgesehenen Mitteln und dem reduzierten Personalbestand erfüllt werden kann. ECOLO ist der Ansicht, dass geprüft werden muss, ob die im Geschäftsführungsvertrag formulierten Aufträge aufrechterhalten oder angepasst werden müssen, denn es wird mehr und mehr deutlich, dass die Schere zwischen den Ansprüchen an den BRF und den Mitteln, die die Gemeinschaft dem öffentlich-rechtlichen Sender zur Verfügung stellt, immer weiter auseinanderklafft.

Frau Ministerin, wie stehen Sie zu diesen Fragen und Vorschlägen? Haben Sie sich einen Zeitplan gesetzt, um die ganze Angelegenheit wieder ins Lot zu bringen?

Bisher hat sich die Regierung im Zusammenhang mit ihren Sparhaushalten immer damit gerühmt, sozialverträgliche Maßnahmen getroffen zu haben. Bei jeder Gelegenheit wurde von den Regierungsmitgliedern hervorgehoben, dass die Dienstleistungen und vor allem die Arbeitsstellen erhalten bleiben. Beim BRF wird jetzt deutlich, dass diese wiederholten Versprechungen nicht eingehalten werden können. Da jedoch nicht nur beim BRF, sondern bei allen parageinschaftlichen Einrichtungen die Dotation eingefroren wird, sind auch hier Personalkürzungen zu befürchten. Wie viele Arbeitsplätze werden laut Schätzung der Regierung durch die beschlossene Einfrierung der Dotationen an die parageinschaftlichen Einrichtungen eingespart werden müssen? Gibt es entsprechende Schätzungen für die Einrichtungen und Organisationen, die mit der Regierung einen Geschäftsführungsvertrag abgeschlossen haben und für die die Mittel ebenfalls eingefroren werden? Ich danke Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit und Ihnen, Frau Ministerin, schon jetzt für Ihre Antwort!
(Applaus bei ECOLO und VIVANT)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die CSP-Fraktion hat Herr Frank das Wort.

HERR FRANK *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie wir alle wissen, ist die Haushaltslage beim BRF dramatisch. Es besteht Handlungsbedarf. Schon seit Jahren weist die CSP in ihren Stellungnahmen darauf hin, dass das Geld beim BRF – ich zitiere mich jetzt selbst – „vorne und hinten nicht reicht“ und dass eine Schieflage entstanden ist, da die Dotation an den BRF die Gehaltsmasse des Senders nicht mehr gedeckt hat, denn der BRF hat bereits in den beiden vergangenen Haushaltsjahren bedeutende Defizite verzeichnen müssen. Die klassische Kostenentwicklung konnte aufgrund der Kürzung der Dotation vonseiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Jahren 2010 und 2011 nicht aufgefangen werden. Überraschen dürfte das heute niemanden, denn die Kosten für das Personal waren bereits Ende 2011 bekannt. Auch das Wissen um die Folgen der Finanzkrise fiel nicht vom Himmel. All das war dem Finanzminister und auch der Aufsichtsministerin bekannt.

Nichtsdestotrotz unterstrichen die Vertreter der Mehrheit die Tragfähigkeit des BRF-Haushalts noch während der Haushaltsdebatte im vergangenen Dezember. Ich zitiere die Aufsichtsministerin: „Die finanziellen Mittel sind dem Bedarf des BRF vollkommen angemessen.“ Das tatsächliche Resultat kennen wir: Beim BRF wird ein Defizit in Höhe von 500.000 Euro erwartet und der Sender musste in einer Nacht- und Nebelaktion vier Personalmitglieder entlassen. Trotz der Ankündigung eines ausgeglichenen Haushalts bei der Haushaltsdebatte 2012 fehlt dem BRF nun also jede solide finanzielle Grundlage, um alle bestehenden Angebote aufrechtzuerhalten.

Die in diesem Zusammenhang vom BRF-Verwaltungsratspräsidenten Dirk Vandriessche in der Presse gemachten Aussagen – „Der BRF kann eigentlich gar nichts dafür, dass er in diese Lage geraten ist. Die gestiegenen Personalkosten und eine Reihe externer Faktoren haben für diese Situation gesorgt. Im Vergleich dazu sind die internen Faktoren sehr gering, von daher ist unsere Verantwortung wahrscheinlich sehr klein.“ – und die Aussagen der Medienministerin – „Es ist nicht die Schuld Einzelner und es ist auch keine kollektive Schuld, dass der BRF diese Haushaltssanierung vornehmen und als letzte Möglichkeit Personal entlassen muss, es ist das Resultat der Krise, der damit verbundenen Einflüsse und der außergewöhnlichen Personalkostenentwicklung.“ – deuten auf eine Hilflosigkeit bei der Identifizierung der Probleme hin. Einerseits räumt die Regierung ein, dass es beim BRF strukturelle Probleme gibt, andererseits bestreitet sie, dass der BRF strukturell unterfinanziert ist.

Die Verantwortung für die Misere möchte niemand übernehmen, weder die Regierung noch die Mehrheit im Verwaltungsrat. Sie wird an die Direktion oder sogar an den Buchhalter weitergegeben. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne auf den Artikel im *Grenz-Echo* vom 14. September 2012 verweisen.

Dieses Verhalten ist mehr als befremdend. Zur detaillierten Aufklärung des Problems stellen sich mir daher folgende Fragen: Wie hoch ist derzeit das geschätzte Haushaltsdefizit? Wann genau hat die Regierung von den Haushaltsschwierigkeiten beim BRF erfahren? Wann hat die Regierung von den Stellenkürzungen beim BRF erfahren? Wo liegen der Regierung zufolge die Ursachen für das Haushaltsdefizit? Welche Lösungsvorschläge hat die Regierung dem BRF unterbreitet? Warum hat die Regierung das Parlament nicht frühzeitig über die Fehlentwicklung beim BRF informiert? Wie steht die Regierung heute zu ihrer Aussage, dass aufgrund ihrer Sparmaßnahmen keine Personalentlassungen und keine Verminderung der Qualität der Dienstleistungen stattfinden würden? Inwiefern ist eine Ausweitung dieser Krise auf andere parastatale Einrichtungen zu erwarten? Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der CSP, ECOLO und VIVANT)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die SP-Fraktion hat Herr Schmitz das Wort.

HERR SCHMITZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir brauchen den BRF! Wir haben ein übergeordnetes Interesse daran, dass der BRF voll funktionsfähig ist und seinen im Geschäftsführungsvertrag festgelegten Aufgaben nachkommt. Vor diesem Hintergrund dürfen wir nicht vergessen, dass der BRF zwar keine kommerzielle Rundfunk- und Fernsehanstalt, wohl aber ein öffentlich-rechtliches Medienunternehmen ist. Ein Unternehmen, das sich auf dem Medienmarkt behaupten muss und sich in einer zunehmenden Konkurrenzsituation befindet. Beim Kampf um Marktanteile ist es nur durch eine stetige Qualitätsverbesserung möglich, die Zukunft des BRF abzusichern.

Auch zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags sind die ständige Anpassung an die sich verändernden technologischen Voraussetzungen hinsichtlich der Rundfunkfähigkeit und das Streben nach Qualität von entscheidender Bedeutung. Diese Qualität hat ihren Preis. Es gilt, in einer dauerhaften Anstrengung den Spagat zwischen der Qualitätssteigerung einerseits und den finanziellen Möglichkeiten andererseits zu schaffen. In der Tat wäre dieser Spagat mit unbegrenzten finanziellen Möglichkeiten leichter zu bewältigen, aber auch den Mitteln der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind in Krisenzeiten klare Grenzen gesetzt. Aus Sicht der SP-Fraktion sind diese mit einer Dotation von rund 5 Millionen Euro erreicht.

Wie bei jeder Institution, die von der öffentlichen Hand finanziert wird, ist eine intensive Begleitung und Kontrolle, vor allem der Ausgabenpolitik, von enormer Bedeutung. Im Falle des BRF ist dies naturgemäß nicht anders. Allen, die sich im Laufe der vergangenen Jahre mit den Tätigkeitsberichten des BRF auseinandergesetzt haben, dürfte aufgefallen

sein, dass der BRF bereits seit längerer Zeit mit strukturellen Problemen zu kämpfen hat. Die seit einigen Jahren vorherrschende globale Finanzkrise hat die Probleme und die sich daraus ergebende Sparnotwendigkeit noch deutlicher zutage gefördert. Nachdem die Probleme bekannt wurden, haben der Verwaltungsrat des BRF und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft meines Wissens zügig gehandelt, um mittelfristige Lösungen zu finden.

Für den Erhalt des BRF ist es von entscheidender Bedeutung, dass er für die Zukunft erüchtigt wird. Im Rundfunkbereich haben in den letzten Jahren vor allem auf dem Gebiet der Digitalisierung große technologische Veränderungen stattgefunden. Wie auf vielen anderen Gebieten ist auch beim BRF das Prinzip der Nachhaltigkeit gefragt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Weichen so gestellt werden, dass dies machbar wird. Strukturelle Veränderungen stehen dabei ganz sicher an. Diese sind oft nicht möglich ohne Maßnahmen, die einschneidend, gar schmerzlich sein können. Es muss auch die Frage erlaubt sein, ob die Dienstleistungen, die der BRF zurzeit anbietet, in der Form in Ordnung sind bzw. ob sie die ursprünglich angedachte Akzeptanz finden.

Allerdings ist es eine ureigene Aufgabe der BRF-internen Entscheidungsgremien, die Dienstleistungen so zu gestalten, dass sie einerseits dem im Dekret festgeschriebenen und im Geschäftsführungsvertrag präzisierten Auftrag entsprechen und dass man andererseits mit den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln und den selbst erwirtschafteten Erträgen auskommt.

Ferner stellt sich sicherlich die Frage, ob die jetzige Organisationsstruktur mit einem Verwaltungsrat bestehend aus Mitgliedern, die vom Parlament bestimmt sind, die passende Organisationsform ist. Wie ist der BRF optimal zu verwalten? Muss er beispielsweise politisch besetzt sein? Wie funktioniert das anderswo? Gibt es Gremien, von denen wir uns inspirieren lassen können? Mein Vorschlag wäre, die augenblickliche Situation zum Anlass zu nehmen, auch in diesem Hause darüber nachzudenken und die Regierung aufzufordern, diesbezügliche Vorschläge zu machen.

Noch eines ist klar: Eine öffentliche Einrichtung muss einer Kontrolle und Aufsicht unterliegen, und dabei hat die Regierung eine Rolle zu spielen. Diese Rolle ist allerdings sehr delikate, denn jedes Eingreifen der Regierung führt dazu, dass man mit dem Finger auf sie zeigt und ihr „Pressegängelung“ vorwirft.

Was die Programmgestaltung des BRF betrifft, so gilt es ebenfalls, unter den aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen eine detaillierte Bestandsaufnahme zu erstellen. Ich meine damit eine Überprüfung, welche Formate sich in Funk, TV und Internet über welchen Zeitraum hinweg in der Hörer- und Zuschauergunst haben etablieren können und welche mit diesem Vorhaben gescheitert sind. Natürlich gilt die Maxime, dass die Leitung bzw. die Direktion für die Erstellung neuer Formate verantwortlich zeichnet. Das ist auch gut so, doch muss in Anbetracht des Haushaltslochs, das sich in den Finanzen des BRF aufgetan hat, mit Sorgfalt überprüft werden, welches Einsparpotenzial nicht nur beim Personal besteht, sondern auch, ob sich durch punktuelle Programmanpassungen nicht auch erfolgversprechende Einsparmöglichkeiten ergeben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, um ein Qualitätsprogramm anbieten zu können, so wie der BRF dies seit vielen Jahren mit großem Erfolg tut, braucht man fähige, engagierte Mitarbeiter und eine hochwertige Technik. Das alles kostet Geld und Energie und bedarf sowohl der politischen als auch der gesellschaftlichen Unterstützung. Die SP-Fraktion unterstützt mit allem Nachdruck die Forderung, die Entstehung des Haushaltslochs beim BRF und die Möglichkeit zur Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt im zuständigen parlamentarischen Ausschuss zu analysieren. In diesem Zusammenhang besteht weder Grund zur Hektik noch zur Dramatisierung der Lage. Zur Aufklärung bedarf es beim jetzigen Stand der Dinge weder eines Sonderausschusses noch eines Untersuchungsausschusses. Wir sollten nicht in Aktionismus verfallen, wohl aber die laufenden

Untersuchungen und Auditverfahren durch externe Fachleute genau begleiten. Die sich daraus ergebenden Resultate werden dann Gegenstand von politischen Schlussfolgerungen sein und zu gegebener Zeit auf der Tagesordnung des Plenums stehen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, der PFF und ProDG)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Mertes das Wort.

HERR MERTES *(vom Rednerpult)*: Herr Präsident, Mitglieder von Regierung und Parlament, werte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Die Entlassung von vier Mitarbeitern des BRF ist wie eine Bombe eingeschlagen. Damit hatte wohl niemand gerechnet. Aber wundert es uns?

Eigentlich gibt es gar nicht sehr viel dazu zu sagen. Die BRF-Krise ist eine Frucht der Politik dieser Regierung. Schließlich nimmt sie starken Einfluss auf den Kurs dieser sowie aller anderen Einrichtungen, die sie mitfinanziert.

Natürlich möchte jetzt niemand Farbe bekennen und die Verantwortung übernehmen. Schuld seien die strukturelle Kostenentwicklung der Gehälter, gestiegene Honorarkosten, höhere Autorenrechte, eine Verteuerung der Programmreform 2011 und natürlich die Krise, die mittlerweile für alles verantwortlich gemacht wird. Darin liegt jedoch ein Denkfehler. Die Wirtschaftskrise ist nicht die Ursache dieser Probleme, nein, die Wirtschaftskrise und die vielen anderen gesellschaftlichen Probleme resultieren aus ein und der gleichen Ursache, und zwar der Art und Weise, wie Politik betrieben wird. So werden noch viele weitere faule Früchte zum Vorschein kommen, denn in vielen Institutionen sieht es nicht besser aus.

Ich komme zurück zum BRF. Hat sich schon jemand die einfache Frage gestellt, wie das eigentlich funktionieren soll, die Mittel unterm Strich zu kürzen und gleichzeitig das Programm um kostspielige Formate zu erweitern? Sind zwei Radioprogramme und ein TV-Programm mit einer täglich ausgestrahlten *Blickpunkt*-Sendung für eine Gemeinschaft von rund 75.000 Einwohnern nicht mehr als genug? Warum muss das Angebot immer größer, moderner, teurer, ja warum muss es immer umfassender werden? Macht das uns zufriedener, ausgeglichener, reicher? Nein, ich glaube nicht. Genau das Gegenteil trifft ein: Wir werden unzufriedener, gestresster und ärmer.

Heute möchte ich nochmals die gleiche Frage stellen wie bereits bei der Verabschiedung des Geschäftsführungsvertrags mit dem BRF im März 2011: Wollen wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wirklich einen tiefgründigen und kritischen Journalismus? Heute füge ich eine weitere Frage hinzu, die ich auch gleich beantworten werde: Was braucht der BRF, um einen tiefgründigen und kritischen Journalismus zu betreiben? Er braucht Journalisten, die man tiefgründigen und kritischen Journalismus betreiben lässt. Das ist nur möglich, wenn die Qualität der Sendungen und nicht die Quantität im Vordergrund steht.

Was die konkreten Hintergründe für die Schieflage des BRF angeht, so sollte schnellstens Klarheit geschaffen werden. Zurzeit beneidet wohl niemand die Mitarbeiter des BRF. Wie mag es sich wohl anfühlen, jetzt dort beschäftigt zu sein? Das Arbeitsklima befindet sich wahrscheinlich auf einem Tiefpunkt. Auch deshalb gilt es, keine Zeit zu verlieren.

Würde jeder der Verantwortlichen seine Verantwortung übernehmen, dann wäre die Sache schnell und unproblematisch geregelt. Dies ist bis zum heutigen Tag jedoch nicht der Fall. Deshalb plädiert auch die VIVANT-Fraktion dafür, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Traurig genug, dass man so weit gehen muss!

Bisher hat es die zuständige Ministerin nicht für notwendig befunden, das Parlament zu informieren, obwohl sie laut eigener Aussage schon seit dem Frühjahr über die konkreten finanziellen Probleme informiert war. Auch bei der Haushaltsanpassung verlor der für Finanzen zuständige Minister kein Wort über die angespannte Lage beim BRF. Die bisherige

Diskussion hat hauptsächlich in der Presse stattgefunden. Konkrete Informationen für das Parlament? Fehlanzeige! Es musste erst wieder eine Initiative aus dem Parlament kommen – in diesem Fall die heutige Interpellation von ECOLO –, damit überhaupt in diesem Hause Stellung bezogen wird. Dies ist für uns nicht gerade kooperativ bzw. der Sache dienlich.

Die Behandlung der Problematik in einem Unterausschuss wird der Tragweite nicht gerecht. Mit ihren Aussagen in der Presse versucht die Ministerin zu beschwichtigen. Von Offenheit, Transparenz und dem Willen zur Klärung und Lösung des Problems fehlt meiner Meinung nach jeder Ansatz. Das Parlament sollte Experten damit beauftragen, die Ursachen zu ergründen und dem Parlament zu berichten, damit sich jeder Parlamentarier, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit, im Interesse des BRF und der Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Bild von den Hintergründen verschaffen kann und damit die Verantwortlichen für ihr Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen werden. In diesem Zusammenhang möchten wir generell das System der politischen Besetzung der Verwaltungsräte und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen in Frage stellen. Es freut uns, dass auch Mehrheitsfraktionen diese Meinung vertreten.

Unseres Erachtens ist die Gefahr der politischen Einflussnahme der Regierung groß und stellt sich, wie wir es bei der vorliegenden Problematik erkennen können, als ungesund heraus. Die Mehrheit hat voraussichtlich immer die Mehrheit, wenn wichtige Entscheidungen getroffen werden. Ist das so gewollt? Man wird mir antworten – vorhin wurde es ja bereits erwähnt –, dass dies Demokratie sei.

Wenn es heißt, Verantwortung für eine Sache zu tragen, möchte keiner der politisch Verantwortlichen von Problemen etwas gewusst haben. Folglich möchte auch jetzt niemand die Verantwortung tragen. So fragen wir: Ist das auch Demokratie? Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei VIVANT, der CSP und ECOLO)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die PFF-Fraktion hat Herr Miesen das Wort.

HERR MIESEN (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Der BRF hat eine sehr lange Vorgeschichte, auf die ich kurz eingehen möchte. Da der BRF jedoch älter ist als ich selbst, habe ich mir, in der Hoffnung, dass diese Angaben stimmen, erlaubt, die Internetseite des BRF sowie die Internetplattform Wikipedia als Quelle für meine Informationen heranzuziehen.

„Am 1. Oktober 1945 wurde in Brüssel die erste Rundfunksendung in deutscher Sprache über Mittelwelle ausgestrahlt. 1961 begann man mit der Ausstrahlung über den Sender Lüttich. 1977 wurde das ‚Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (BRF)‘ in Eupen gegründet. Sendete man Anfang der 1970er-Jahre noch allein vier Stunden täglich auf einer UKW-Frequenz des ersten Programms der RTB aus einem Studio der *Maison de la Radio* am Flagey-Platz in Brüssel, so erweiterten sich die deutschsprachigen Sendungen insbesondere seit dem Umzug nach Eupen kontinuierlich. Noch in den 1970er-Jahren kam eine Morgensendung hinzu; später wurden die zunächst noch mit französischen Sendungen gefüllten Pausen zwischen den deutschsprachigen Sendeblocken mit deutsch moderierten Sendungen, meist mit musikalischem Schwerpunkt, gefüllt. So entstand ein Ganztagsprogramm, das seit einigen Jahren bis weit in den Abend hineinreicht.

In den 1990er-Jahren gründete der BRF gemeinsam mit der BBC ein Programmstudio in Brüssel und bezog das neue Funkhaus am Eupener Kehrweg. Seit Oktober 1999 sendet der BRF ein Fernsehmagazin über das Kabelnetz der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Seit dem 25. November 2001 übernimmt der BRF auf der Brüsseler Frequenz 95,2 Mhz Programme des *Deutschlandfunk*.“ In den letzten Jahren hat sich der BRF in BRF1 und

BRF2 aufgeteilt, um den unterschiedlichen Ansprüchen des Publikums besser gerecht zu werden. Zudem haben sich sowohl im Fernsehen als auch im Rundfunk neue Sendeformate etabliert.

Warum erzähle ich das alles? Nun, wenn man so grundlegend über die zukünftige Ausrichtung einer Institution, einer Einrichtung oder einer Person nachdenkt, dann sollte man sich dabei meines Erachtens die bisherigen Entwicklungen immer vor Augen führen. Wie soll man nämlich wissen, wohin man will, wenn man nicht weiß, woher man kommt? Der BRF gehört wohl zu den kleinsten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten Europas, dennoch möchte ich prinzipiell festhalten, dass der BRF im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft insgesamt eine sehr positive Entwicklung vollzogen hat.

Nun ist die derzeitige Situation aber so, dass sich für das Haushaltsjahr 2012 entgegen den ursprünglichen Erwartungen ein Defizit aufgetan hat, das mittelfristig in den kommenden Jahren derartige Ausmaße annehmen wird, dass jetzt leider Personal entlassen werden musste. Dazu muss man aber wissen, dass der laufende Haushalt des BRF, der immerhin rund 5 Millionen Euro darstellt, zu mehr als 80 % aus Personalkosten besteht. Die Dotation des BRF wurde jedoch für das Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 5,25 % – das sind rund 250.000 Euro – refinanziert. Grund für diese außergewöhnlich hohe Anpassung der Dotation war der Wille, die niedrigeren Dotationen von 2010 und 2011 aufzuwiegen. Dennoch reicht das Geld nicht aus, um 2012 ausgeglichen haushalten zu können.

Für mich ist dies ein klares Indiz dafür, dass es beim BRF strukturelle Probleme gibt, die durch die mittelfristige Finanzentwicklung – Einfrieren der Dotationen für 2013 und 2014, Personalkostenentwicklung sowie Verjüngung der Baremen – deutlich zum Vorschein gekommen sind. Die Tatsache, dass der BRF viele Monate lang keinen Direktor hatte, war bei der Identifizierung dieser strukturellen Probleme sicherlich nicht sehr hilfreich.

Der BRF-Verwaltungsrat hat bereits im Frühjahr ein erstes Sparpaket beschlossen und zudem weitere personalrelevante Maßnahmen ergriffen, die gebündelt mit voraussichtlich weiteren Maßnahmen und der Möglichkeit, die Investitionsreserve teilweise zur Deckung des laufenden Haushalts zu nutzen, dazu führen sollen, die absehbare Defizitentwicklung einzudämmen und den Haushalt zu sanieren. Im Grunde ist die Nutzung der Investitionsreserve für die Deutschsprachige Gemeinschaft bereits eine Mehrausgabe zugunsten des BRF.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, einiges zur Kapitaldotation zu sagen, die man nicht mit dem Haushalt des BRF vermischen sollte und darf. Es stimmt einfach nicht, dass Investitionen des BRF – beispielsweise in die Erneuerung der Studios – das Defizit des laufenden Haushalts verursacht oder mit verursacht haben. Alle Investitionen des BRF werden zu 100 % aus der Kapitaldotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziert und haben daher keine Auswirkungen auf den Haushalt des BRF.

Wie gesagt, es liegt auf der Hand, dass der BRF einige strukturelle Probleme hat, und strukturelle Probleme erfordern strukturelle Lösungen. Daher sehe ich den richtigen Weg zur finanziellen Gesundung des BRF auch nicht darin, dass wir nun im Parlament Sonder- oder Untersuchungsausschüsse einrichten oder die Aufsicht über den BRF durch eine Politisierung durch Parlament und Regierung ersetzen. Der BRF ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung mit einem definierten Auftrag und kein Staatssender. Stattdessen sollten nun meines Erachtens – wie bereits begonnen – die richtigen Entscheidungen getroffen werden, damit der BRF mittelfristig wieder gesund sein kann. Wir sollten die Betriebsrevisoren ihre Arbeit machen lassen, das Audit zur Identifizierung der Prozess- und Organisationsprobleme beim BRF unterstützen und auf Basis dieser Ergebnisse handeln, damit der BRF zukunftsfähig aufgestellt werden kann. Das ist meiner Meinung nach die Vorgehensweise, wie sie heute für einen modernen Betrieb wie den BRF angewandt werden muss. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PFF, der SP und ProDG)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Franzen das Wort.

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, Mitglieder der Regierung, Kolleginnen und Kollegen! Die ECOLO-Fraktion ist überzeugt, dass das Parlament angesichts der Entwicklungen im BRF nicht unbeteiligt bleiben darf. Dass wir heute die Medienministerin interpellieren, ist ein logischer Schritt im Rahmen unserer Kontrollaufgabe. Eigentlich ist es unverständlich, dass ECOLO die einzige Fraktion ist, die das tut. Die Debatten müssen im Parlament stattfinden und nicht ausschließlich vor den Mikros der Journalisten.

Allerdings ist die ECOLO-Fraktion davon überzeugt, dass eine Interpellation in dieser Situation nicht ausreicht. Wenn in einer paragemeinschaftlichen Einrichtung plötzlich ein Finanzloch auftaucht, dann muss nach den Hintergründen gesucht werden, wie es zu dieser Fehlentwicklung kommen konnte. Es geht darum, die Situation zu analysieren, Verantwortlichkeiten auszumachen und dann Schlussfolgerungen zu ziehen. Wenn deutlich werden sollte, dass schlimme Fehler oder Unterlassungen geschehen sind, dann muss man auch die Frage nach den personellen Verantwortlichkeiten auf gleich welcher Ebene, sprich: in der BRF-Verwaltung, beim Verwaltungsrat oder auch bei der Aufsichtsministerin, stellen. Wir möchten kein Tabu, aber auch keine voreiligen Schritte. Das ist auch der Grund, weshalb wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht der Forderung des BRF-Personals nach einem Rücktritt des Verwaltungsrates folgen.

Die Analyse der Entwicklung im BRF darf man nicht ausschließlich dem BRF selbst und auch nicht nur der Medienministerin überlassen. Diese Analyse mit ihren Schlussfolgerungen sollte vom Parlament durchgeführt werden, und zwar kurzfristig und mit den geringstmöglichen administrativen Hürden. Deshalb hat die ECOLO-Fraktion im Ausschuss II die Bildung eines Unterausschusses gefordert. Dieser sollte sich zunächst ein genaues Bild machen, präzise Unterlagen beantragen und Betroffene wie die BRF-Direktion, den Verwaltungsrat, Verantwortliche der Finanzverwaltung, gegebenenfalls auch deren Amtsvorgänger, die Regierungskommissare im BRF und die Medienministerin anhören. Auf jeden Fall sollte er auch die Experten des Rechnungshofs und nötigenfalls einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer zurate ziehen.

Uns stellen sich beispielsweise folgende Fragen: Wie sind die Verantwortlichkeiten im BRF aufgeteilt? Wie werden die Kostenschätzungen gemacht oder die Kostenentwicklungen eingeschätzt? Welche Instrumente stehen der BRF-Verwaltung und dem BRF-Verwaltungsrat dafür zur Verfügung? Ist das System so aufgebaut, dass Letzterer seiner Rolle gerecht werden kann? Das sind nur einige Fragen, denen nach unserem Dafürhalten der von uns beantragte Unterausschuss nachgehen sollte.

Die gesamte Analyse muss von zwei Fragen geleitet werden: Wie konnte es dazu kommen, hat es Fehlentscheidungen gegeben, und wenn ja, wo? Die zweite Frage, die nicht minder wichtig, vielleicht sogar mindestens genauso wichtig ist, lautet: Welche Vorgehensweisen und Sicherheiten sind einzusetzen oder einzubauen, um in Zukunft ähnliche Entwicklungen im BRF, aber auch in anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen zu vermeiden? Diese Arbeit sollte zeitnah geschehen; bis Ende November müsste ein Abschlussbericht vorliegen.

Gestern ist entschieden worden, keinen Unterausschuss einzusetzen, sondern zusätzliche Termine für Ausschuss II einzuplanen, sodass sich dieser bis Ende November in fünf Sitzungen mit der Thematik befassen kann. Mit dieser Vorgehensweise sind wir einverstanden, erlaubt sie doch, den von uns gestellten Fragen auf den Grund zu gehen. Für ECOLO bleibt wichtig, dass der Ausschuss II dem Parlament einen Bericht über seine Arbeit zu diesem Thema vorlegt und dass dieser im Plenum debattiert wird.

Es ist tragisch, dass es zu dieser Entwicklung gekommen ist. Deshalb müssen wir nun wenigstens die Initiative ergreifen und dafür sorgen, dass die Systeme künftig verbessert werden.

Es wäre unverantwortlich, heute über die finanzielle Entwicklung des BRF zu reden, ohne dabei das zweite Sorgenpaket, nämlich die Entwicklung des Pensionsfonds für die BRF-Mitarbeiter, anzusprechen. Noch im Mai dieses Jahres hat der Vertreter des Rechnungshofs auf meine diesbezügliche Frage geantwortet, dass die Reserven des BRF-Pensionsfonds im Jahr 2032 ausgeschöpft sein werden und dass von diesem Zeitpunkt an die auszahlenden Pensionen die Einzahlungen in den Fonds übersteigen werden. Deshalb darf man diesen Aspekt nicht außer Acht lassen, wenn es um die langfristige Absicherung geht. Wir fordern nicht, dass diese Frage im Rahmen der anstehenden Untersuchung von Ausschuss II behandelt werden soll. Das würde dessen Aufgabe überlagern. Wir fordern allerdings, dass Experten damit beauftragt werden, eine genaue Analyse und Simulation zum langfristigen Bedarf des Pensionsfonds zu erstellen und einen Plan zu erarbeiten, wie man die negative Entwicklung abfangen und die nächste Katastrophe vermeiden kann. Dieser Auftrag muss unserer Meinung nach von der Regierung erteilt werden. Resultate könnten dann bis Juni 2013 vorliegen.

Kolleginnen und Kollegen, auch uns ist bewusst, dass sich die Deutschsprachige Gemeinschaft in einem finanziellen Engpass befindet und dass das Ende der Fahnenstange noch nicht abzusehen ist. Dennoch sollten wir nicht den Fehler begehen, deshalb die unbequemen und schwierigen mittel- und langfristigen Fragen außer Acht zu lassen. Sie würden uns nur umso schneller einholen.

In den kommenden Monaten wird die ECOLO-Fraktion den Vorschlag zur Erstellung eines genauen Plans für die Absicherung der Pensionen des BRF-Personals weiterhin thematisieren und bei Mehrheit und Opposition Verbündete für ihren Vorschlag suchen.

Die Unruhe beim Personal des BRF ist nachvollziehbar und verständlich. Unserer Meinung nach gibt es nur einen Weg, diese Unruhe wieder beizulegen und zu einer vertrauensvollen Arbeitsatmosphäre zurückzukehren, und zwar eine lückenlose Aufklärung der Entwicklung mit klaren Schlussfolgerungen und Entscheidungen. Das sollten wir tun aus Respekt vor den Mitarbeitern des BRF und deren Arbeit. Das müssen wir tun als gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter, die über die öffentlichen Finanzen entscheiden und wachen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ECOLO, der CSP und VIVANT)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Frau Schmitz das Wort.

FRAU SCHMITZ *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Die finanzielle Schieflage des BRF hat auch die ProDG-Fraktion in der sitzungsfreien Periode beschäftigt. Die neue Sitzungsperiode beginnt leider mit einem Paukenschlag. Die Interpellation von Kollegin Arens bietet der ProDG-Fraktion nun die ideale Möglichkeit, sich im Parlament mit der Situation des BRF auseinanderzusetzen.

Der BRF ist eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, eine bedeutende Institution in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Wir brauchen einen gut funktionierenden BRF, denn er spielt eine wichtige Rolle bei der Meinungsbildung der Zuhörer. Es ist die Pflicht aller politischen Entscheidungsebenen, die Basis für einen gut funktionierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu legen.

Wie so oft ist es der kritische Blick zurück, der Planung von Gegenwart und Zukunft ermöglicht. Schwerpunktmäßig sollten wir daraus Lehren ziehen und nach vorne schauen. Aber Achtung! Damit plädiere ich beileibe nicht für eine konsequenzfreie Generalabsolution.

In diesem Zusammenhang liegt es nahe, sich mit den Fakten zu beschäftigen. So muss darin erinnert werden, dass die Regierung im Jahr 2011 auf die Entwicklung der finanziellen Lage des BRF reagiert und eine über den geltenden Geschäftsführungsvertrag hinausgehende Refinanzierung der BRF-Dotation um mehr als 5 % gewährt hat. Ein zweites

Element, das es in Erinnerung zu rufen gilt, ist der ausgeglichene Haushalt, den die Verantwortlichen des BRF dem Parlament Ende 2011 im Vorfeld der Budgetdebatte vorgelegt haben. Zu diesem Zeitpunkt war beim BRF sogar so etwas wie vorsichtiger Optimismus auszumachen. Die Programmreform, die in Arbeitsgruppen mit den Personalmitgliedern des BRF ausgearbeitet worden sei, werde für einen effizienteren Mitteleinsatz sorgen, hieß es damals.

Während der ersten Monate des Jahres 2012 kam es dann laut den mir vorliegenden Informationen zu einem negativen Zusammenwirken verschiedener Faktoren. Ob man von einer unglücklichen Verkettung von Umständen sprechen kann, muss die genaue Analyse, auf die ich nachher noch zu sprechen kommen werde, zutage fördern.

Jedenfalls – und das ist ein bemerkenswertes Element, das mir ins Auge gefallen ist – spitzte sich die dramatische und sprunghafte Verschlechterung der BRF-Finzen just zu dem Zeitpunkt zu, als es keinen BRF-Direktor, auch keinen diensttuenden, mehr gab. Meines Wissens haben die BRF-Gremien und die Aufsichtsbehörde zu diesem Zeitpunkt reagiert. Dass sich die betriebswirtschaftlich erforderliche Kündigung von vier Mitarbeitern als der einzig machbare Ausweg aus dieser Sackgasse herauskristallisiert hat, bedauert die ProDG-Fraktion natürlich nachhaltig. Eine solche Maßnahme, noch dazu in breitester Öffentlichkeit, kommt für jeden Politiker einem Albtraum gleich.

Solange das Gegenteil nicht bewiesen ist, gehe ich davon aus, dass der Direktionsrat des BRF und der BRF-Verwaltungsrat diese schwierigen Entscheidungen fern jeder Willkür und nach objektiven Kriterien getroffen haben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie mir aufmerksam zugehört haben, werden Ihnen meine vorsichtigen Formulierungen nicht entgangen sein, denn all dies möchten wir auf den Prüfstand stellen bzw. von unvoreingenommenen Fachleuten durchleuchten lassen. Wir begrüßen und unterstützen ausdrücklich die Durchführung eines externen Audits. Dieses bietet nämlich über eine reine Analyse von Buchführung und Finanzplanungen hinaus die Chance, Abläufe und Entscheidungsprozesse im BRF unter die Lupe zu nehmen und bei Bedarf beizusteuern. Die Resultate einer solchen Untersuchung wird die ProDG-Fraktion als Richtschnur für ihre zukünftige BRF-Politik nutzen.

„Untersuchung“ ist übrigens ein ausgezeichnetes Stichwort. Es wundert mich schon ein wenig, dass die Fraktionen von CSP und VIVANT jetzt mit Kanonen auf Spatzen schießen wollen. Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit den damit verbundenen Erfordernissen scheint mir zum jetzigen Zeitpunkt völlig ungeeignet, um Licht in diese Angelegenheit zu bringen. Mir sind keine Verdachtsmomente dafür bekannt, dass sich Mitglieder des BRF-Verwaltungsrates, des Parlaments oder der Regierung illegaler Handlungen schuldig gemacht haben könnten. Die temporäre Unterfinanzierung einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung auf die gleiche Stufe wie den Subsidienskandal, den Abhörskandal oder die Niermann-Affäre zu stellen, ist eher ein politisches Armutszeugnis.

Der reguläre Ausschuss hat alle parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten, wenn er sich die nötige Zeit gibt, und das wird er – wie gestern beschlossen wurde – auch tun. In meinen Augen sollten dort verschiedene Anhörungen und die Analyse der Zahlen durch einen externen Betriebsrevisor erfolgen. Natürlich kann der Ausschuss, wenn er das wünscht, auch öffentlich tagen. Das sollte jedoch intern geklärt werden. Erst wenn all diese Mittel ausgeschöpft sind und sich konkrete Verdachtsmomente ergeben haben, sollte über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nachgedacht werden, sonst können wir später zu jedem Haushaltsproblem einen Untersuchungsausschuss mit den Befugnissen eines Untersuchungsrichters anfragen, was übrigens einen gigantischen Aufwand und auch Kosten mit sich bringen würde.

ProDG fordert also ebenfalls eine lückenlose Aufklärung, jedoch muss die Ursachenforschung mit kühlem Kopf und in angemessener Form betrieben werden. Auch ProDG teilt

die Meinung, dass das Prinzip der politischen Besetzung von Verwaltungsräten und parageinschaftlichen Einrichtungen – im vorliegenden Fall des BRF – hinterfragt werden sollte.

In Erwartung der von mir angesprochenen Analyseergebnisse hilft es nicht, in Schockstarre zu verfallen oder Schnellschüsse abzufeuern. Der BRF, an dessen Haushaltsautonomie ich an dieser Stelle gerne noch einmal erinnern möchte, muss weiterhin auf Sendung gehen, Fernsehbeiträge ausstrahlen und im Internet Präsenz zeigen. Mit einem permanenten Blick auf die Finanzen muss ein Maximum erreicht werden, ohne dass sich Abstriche wohl gänzlich vermeiden lassen.

Besonders wichtig ist es, die Herausforderung zu meistern, die verständlicherweise angeschlagene Stimmung im Funkhaus am Kehrweg zu verbessern. Der BRF braucht den hundertprozentigen Einsatz all seiner Mitarbeiter und der Mitglieder seiner Gremien, um seinem Sendeauftrag auch in Zukunft gerecht zu werden. Auf die kritische Unterstützung der ProDG-Fraktion kann er sich verlassen! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wir kommen zur Antwort der Regierung. Frau Ministerin Weykmans hat das Wort.

FRAU WEYKMANS, Ministerin *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der BRF befindet sich in einer schwierigen Situation und die Bestürzung über die bereits getroffenen Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung reicht weit über dieses Haus hinaus, weil der BRF für unsere Bürgerinnen und Bürger ein Instrument zur Wissensvermittlung ist, weil er zu ihrem Alltag gehört und Teil ihrer gelebten Gemeinschaft ist.

Vom Parlament, sehr geehrte Damen und Herren, kann man voraussetzen, dass es die Grundlagen und Rahmenbedingungen kennt und weiß, welche Mechanismen bei einer Einrichtung öffentlichen Interesses wie dem BRF greifen. Heute sind wir bei der politischen Debatte über die Opportunitäten angelangt; wir sind bei der Frage angekommen, ob die finanziellen Mittel aufgestockt oder aber vermindert werden sollten; wir sind bei der Diskussion über die bereits vorgeschlagenen und zum Teil umgesetzten Lösungsansätze zur Gesundung der Finanzsituation des BRF angekommen.

Der Titel der heutigen Interpellation lautet ja „Situation im BRF“. Ich werde versuchen, genauestens und auf objektive Art und Weise auf die Sachlage einzugehen und die mittel- und langfristige Zukunft des BRF zu beleuchten, wie es die Interpellantin gewünscht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte da anknüpfen, wo ich in diesem Hause vor der Sommerpause im Rahmen einer aktuellen Frage von Frau Schmitz zur Finanzlage des BRF aufgehört habe. Bereits damals habe ich Sie über den Stand der Arbeiten beim BRF informiert und darauf hingewiesen, dass die kommenden Wochen dazu genutzt würden, die Finanzlage intensiv zu analysieren und im Parlament für die zweite Haushaltsanpassung einen angepassten BRF-Haushalt zusammen mit dem Haushalt 2013 vorzulegen.

Wenn man die aktuelle Haushaltssituation des BRF analysiert, ist es in der Tat wichtig, sich auch mit der Vergangenheit desselben auseinanderzusetzen, d. h. sich eine Gesamtübersicht über die Vorjahre zu verschaffen und sich nicht nur, wie das in der heutigen Interpellation von ECOLO geschehen ist, einzelne Punkte herauszupicken, die gut in das Bild passen, das man vermitteln möchte. Dabei muss natürlich das Hauptaugenmerk auf die finanzielle Entwicklung des BRF im Laufe dieses Jahres gelegt werden. Selbstverständlich muss ebenfalls die voraussichtliche finanzielle Entwicklung bis zum Jahr 2015 betrachtet werden. Die Regierung hat ja bekanntlich im Rahmen der Maßnahmen, die sie krisenbedingt hat ergreifen müssen, die Rahmenbedingungen aller parastatalen Einrichtungen schon im Frühjahr festgelegt und dabei auch die Höhe der BRF-Dotation bereits bis zum Jahr 2015 festgelegt.

Kommen wir also noch einmal auf die BRF-Haushalte der Jahre 2010 und 2011 zurück, die in der Tat mit einem Defizit abgeschlossen haben. In beiden Fällen hat man die Dotationserhöhungen, die nicht der normalen Steigerung entsprachen, über die bestehende Reserve abgewickelt und somit die Defizite ausgeglichen. In dieser Form sind die Haushalte dann auch von der Regierung und vom Parlament genehmigt worden. Das Defizit lag bei der Endabrechnung für den Haushalt 2011 unter 300.000 Euro und nicht bei 300.000 Euro, wie ursprünglich veranschlagt.

Einige Redner haben erwähnt, dass die Regierung für das Jahr 2012 festgelegt hatte, die Dotationen für die parastatalen Einrichtungen – also auch für den BRF – um 5,25 % zu erhöhen. Das war eine Erhöhung, die wir in unseren Haushaltsplanungen für das Jahr 2012 berücksichtigt haben, um die fehlenden Einnahmen der Vorjahre teilweise auszugleichen. So ist es dann dem BRF zumindest auf dem Papier gelungen, der Regierung und dem Parlament im Herbst 2011 einen ausgeglichenen Haushalt 2012 vorzulegen.

Auf die Entwicklung der Einnahmen bin ich bereits eingegangen. Kommen wir nun zu der von Ihnen ebenfalls erwähnten Ausgabenentwicklung. Laut Haushaltsplanung hätte der BRF für das Jahr 2012 eine normale Ausgabenentwicklung verzeichnen müssen. Im Vergleich zum Jahr 2011 sind außer der klassischen Kostenentwicklung keine Auffälligkeiten oder Veränderungen festzustellen. Übrigens – um das auch klarzustellen – ist im Jahr 2012 die Dotation höher als die Personalausgaben des BRF.

Im März dieses Jahres sind der Verwaltungsrat und die Regierung darüber informiert worden, dass die genehmigte Haushaltsplanung nicht dem eigentlichen Bedarf entspricht. Vor allem die sogenannten Honorarkosten – ich nenne den Oberbegriff, weil diese Bezeichnung auch in der Zuweisung im Haushalt wiederzufinden ist – und die Entwicklung der Personalkosten würden die in der Haushaltsplanung vorgesehenen Kosten überschreiten, hieß es. Zu diesem strukturellen Problem sind dann noch punktuelle Ausgaben wie die Autorenrechte hinzugekommen, die höher lagen als in der Planung vorgesehen.

Der BRF hat damals den Finanzbedarf auf 500.000 Euro festgelegt. Bereits im März hat der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Direktionsrates wichtige Sparmaßnahmen beschlossen, um das Defizit einzudämmen. Das war das erste Maßnahmenpaket, das eine Reihe von punktuellen und rekurrenten Maßnahmen und vor allem Kürzungen bei den Funktionskosten vorsah. Man hat also nicht darauf gewartet, dass man im Endeffekt mit einem Defizit von 500.000 Euro abschließt, sondern man hat Verantwortung übernommen und schon im März erste Sparmaßnahmen ergriffen.

In puncto Entwicklung der Personalkosten hat man vor allem bei der Zwischenbilanz feststellen können, dass im Laufe der vergangenen Monate vorgenommene freiwillige Arbeitszeitverkürzungen oder Laufbahnunterbrechungen dazu geführt haben, dass die effektiven Personalkosten den in der Haushaltsplanung veranschlagten Kosten entsprechen.

Die Auswirkungen des im März bereits in Kraft getretenen Sparmaßnahmenpakets sowie die Personalkostenentwicklung führen dazu, dass das eigentliche strukturelle Defizit nicht bei 500.000 Euro, sondern bei 200.000 Euro liegt. Auf der anderen Seite führt ein Wegfall von Personalressourcen, beispielsweise durch Laufbahnunterbrechungen oder Arbeitszeitverkürzungen, dazu, dass die fehlenden Arbeitskräfte durch Honorarkräfte, freie Mitarbeiter oder auch Personal mit befristeten Arbeitsverträgen ersetzt werden müssen. Diese Verpflichtungen hatte der BRF in seinen Planungen nicht vorgesehen.

Aus rein finanztechnischen Gesichtspunkten handelt es sich hier also um ein strukturelles Defizit, das sich durch eine Analyse der Zwischenbilanz sehr leicht erkennen lässt. Übrigens habe auch ich das immer so definiert, selbst wenn behauptet wird, dass ich das nie so gesagt hätte.

Die Rechtmäßigkeit diverser Entscheidungen wird sowieso der Rechnungshof in letzter Instanz überprüfen. Das hat er ja auch bei der Endabrechnung für den Haushalt 2011 getan. Zudem werden wir als Aufsichtsbehörde gemeinsam mit dem Verwaltungsrat und den Sozialpartnern weitere Untersuchungen durch einen externen Betriebsrevisor veranlassen, um der Sache genauestens auf den Grund zu gehen und zu prüfen, unter welchen Umständen die Entscheidungen im Endeffekt gefällt und wie die Buchungen im Einzelnen abgewickelt wurden.

Das Haushaltsjahr 2012 werden wir mit einem strukturellen Defizit abschließen. Dieses hausgemachte Defizit wäre bei einer normalen Finanzentwicklung relativ überschaubar und hätte vom Verwaltungsrat und vom Direktionsrat des BRF bei einer klassischen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung durch sukzessive Maßnahmen ausgeglichen werden können. Aber die Situation ist eine andere, denn die Einnahmen des BRF entwickeln sich nicht auf normale Weise, da die Dotation vonseiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den Jahren 2013 und 2014 bekanntlich eingefroren wird. Bei weiter ansteigenden Kosten und Zusatzausgaben verlangt dies zusätzliche Anstrengungen vonseiten des BRF. Wenn der BRF noch keine Maßnahmen ergriffen hätte bzw. nicht noch weitere ergreifen würde, würde das Defizit ständig steigen. Dadurch käme es zu Liquiditätsproblemen, die unweigerlich dazu führen würden, dass nicht einmal mehr die Regierung dem BRF die Erlaubnis geben könnte, sein Defizit über die Investitionsreserve auszugleichen. Die Nutzung dieser Reserve ist für die Deutschsprachige Gemeinschaft de facto eine Mehrausgabe. Das beantwortet auch die Frage von Frau Arens, ob wir den BRF die Suppe alleine auslöffeln lassen. Die Maßnahmen sind vielfältig und werden ausgeschöpft. Wir müssen also heute Maßnahmen ergreifen, damit sich die Finanzlage des BRF langfristig erholen kann.

Die Regierung hat bereits eine große Anstrengung unternommen, indem sie im laufenden Haushaltsjahr 2012 am Ursprungshaushalt festgehalten und keine Kürzung der Dotation vorgenommen hat. Sie verlangt jedoch vom BRF, dass er die Situation für 2013 und 2014 in den Griff bekommt und deshalb wird die Dotation dann eingefroren. Wie aus der Regierungserklärung hervorgeht, ist diese Maßnahme Teil eines ganzen Pakets, das wir haben ergreifen und auf verschiedene Schultern verteilen müssen, um die Auswirkungen der Krise auf die Einnahmen und somit auf den gesamten Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft abzufedern.

Ich möchte hier vehement bestreiten, dass irgendwelche Nacht- und Nebelaktionen stattgefunden haben. Wir haben während Wochen den Dialog mit den Sozialpartnern geführt. Die Maßnahmen, insbesondere die in letzter Instanz ausgesprochenen Kündigungen, sind keineswegs von heute auf morgen, sondern nach dem Sozialdialog und aufgrund von Analysen ergriffen worden.

Ein erstes, von mir bereits erwähntes Maßnahmenpaket ist im März beschlossen worden. Vor der Sommerpause ist ein zweites Paket verabschiedet worden, das vorsah, dass zeitlich begrenzte Verträge nicht verlängert wurden. Nach der Konzertierung mit den Sozialpartnern über die Kündigungen ist Ende August ein drittes Maßnahmenpaket beschlossen worden. Heute Abend tagt der BRF-Verwaltungsrat. Da der Haushalt 2012 des BRF mit einem Defizit abschließen wird, wird sich der Verwaltungsrat dann mit einer vierten Maßnahme beschäftigen, und zwar mit dem Rückgriff auf die Investitionsreserve des BRF. Der aber muss von der Regierung genehmigt werden, weil er für die Deutschsprachige Gemeinschaft – Herr Miesen hat es erwähnt – eindeutig eine Mehrausgabe bedeuten würde. Damit der BRF aus dieser Spirale des ständig steigenden Defizits wieder herauskommt, wird über ein weiteres, ein fünftes Maßnahmenpaket verhandelt werden müssen. Ziel ist es ja, dass der BRF im Jahr 2014 erneut einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren kann und ab dem Jahr 2015, wenn er von der Deutschsprachigen Gemeinschaft wieder die normale Dotation erhält, in eine gesunde Einnahmen- und Kostenentwicklung einsteigen kann.

Diese mittelfristige Finanzgesundung ist die Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung des BRF. Damit sind wir bei der hier bereits mehrfach erwähnten Strategieentwicklung angekommen, d. h. bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Frage, was der BRF in Zukunft leisten muss und leisten soll und wie er seinem öffentlichen Auftrag gerecht werden kann. Damit verbunden ist auch ein Auditprozess, der in Kürze angestoßen wird und Aufschluss darüber geben soll, wie beim BRF die Effizienz in der Organisationsstruktur und in den Prozessabläufen gesteigert werden kann. Dieser Auditprozess kann sicherlich viele Antworten oder zumindest Lösungsansätze zu den von Frau Franzen gemachten Bemerkungen geben. Die Finanzgesundung des BRF ist jedoch die *Conditio sine qua non*, um diesen Prozess zu beginnen.

Kommen wir zur Strategie, zu der Frage, was ist der BRF, wen und was will und muss er in welcher Form erreichen? Was ist die Aufgabe des BRF? Herr Schmitz hat eben bereits angesprochen, wer bei diesem Prozess welche Rolle zu spielen hat. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass der BRF als öffentlich-rechtlicher Sender selbst definiert, wie er seinem öffentlichen Auftrag gerecht wird. Dieser öffentlich-rechtliche Auftrag ist im BRF-Dekret aus den 1980er-Jahren sowie im vom Parlament gebilligten Geschäftsführungsvertrag festgehalten. Der Geschäftsführungsvertrag legt die Ziele bzw. die Projekte fest, die man innerhalb der Laufzeit dieses Vertrags verwirklichen möchte. Ich erinnere daran, dass der Geschäftsführungsvertrag dem Parlament nur im Falle einer Einigung vorgelegt wird. Bei der Verabschiedung des Programmdekrets 2011 haben wir eine Aktualisierung der Artikel vorgenommen, die den öffentlich-rechtlichen Auftrag des BRF definieren. Dabei haben wir auch dekretal festgehalten, welche Radio- und Fernsehprogramme der audiovisuelle Mediendienst beim BRF gestalten kann bzw. gestalten soll. Des Weiteren wurde das nicht lineare Angebot über das Internet definiert. Damit verbunden war die Frage, wie weit der BRF gehen darf, denn er muss den Wettbewerbsrichtlinien der EU Genüge leisten.

Der Strategieprozess ist primär die Aufgabe des BRF und nur sekundär Aufgabe des Parlaments, das die entsprechenden Dekrete verabschiedet. Er gehört auch nicht zur Aufgabe der Regierung, die sich immer herausgehalten hat, weil man ihr sonst politische Einflussnahme vorgeworfen hätte. In der Tat haben wir in den letzten Jahren hier in diesem Hause schon des Öfteren in öffentlichen Debatten darüber gesprochen, dass eine Entpolitisierung der BRF-Struktur und der Prozeduren sicherlich vonnöten wäre. Bei diversen Prozeduren, beispielsweise bei der Ernennung des BRF-Direktors, haben wir bereits die Entpolitisierung vorgesehen. Im Verlauf des Audits und bei der daraus resultierenden Schlussfolgerung werden sich sicherlich weitere Ansätze hinsichtlich einer Entpolitisierung herauskristallisieren.

Frau Arens, Sie fragen, inwiefern der Geschäftsführungsvertrag zwischen dem BRF und der Regierung mit den vorgesehenen Mitteln und dem reduzierten Personalbestand erfüllt werden kann. Bei der Lektüre des Vertrags stellt man fest, dass im Rahmen der vertraglich festgelegten Dotation, die der BRF erhält, außer dem Organisationsaudit und der Digitalisierung der BRF-Technik keine Projekte umgesetzt werden müssen, die den BRF Geld kosten oder die nicht schon als Grundvoraussetzung im Dekret vorgesehen sind. In der Tat ist es so, dass die kostenintensiven Projekte – das von der Regierung finanzierte Audit und die Fortsetzung der Digitalisierung der BRF-Technik, die wir über die Kapitaldotations ebenfalls zu 100 % finanzieren – nicht über den laufenden Haushalt des BRF abgewickelt werden. Die Weiterentwicklung der Berichterstattung in Hörfunk und Fernsehen über das Geschehen im Inland erfolgt vor allem durch eine Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Sendern im Inland und ist somit kostenneutral.

So viel zur kurzen Analyse der im Geschäftsführungsvertrag vorgesehenen Projekte. In den Ausschusssitzungen werden wir jedoch genügend Zeit haben, uns diesem Thema zu widmen. Hiermit wollte ich nur klarstellen, dass wir nichts Unmögliches gefordert haben, sondern dass der BRF lediglich seiner Arbeit nachkommen und seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag innerhalb des ihm gewährten Finanzrahmens gerecht werden muss; eine Aufgabe, die er autonom zu erfüllen hat.

Der neue BRF-Direktor hat von Anfang an diesen begleitenden Strategieprozess gefordert und wird diesen auch mit dem Personal umsetzen. In den kommenden Wochen wird der Prozess starten und im kommenden Jahr vor der Sommerpause erste Antworten auf die Frage liefern, welches die Aufgabe des BRF ist, wen der Sender damit erreichen muss und wie er dieses Ziel erreicht.

Wie bereits erwähnt, wird parallel dazu das Auditverfahren gestartet, das wir in Kürze ausschreiben werden und das ab Januar im BRF durchgeführt wird. Für die Zukunftsentwicklung des BRF werden also drei wichtige Prozesse stattfinden und uns Mitte kommenden Jahres, zu Beginn der kommenden Sitzungsperiode, das Zukunftsbild des BRF zeichnen oder uns zumindest die Möglichkeit geben, in der politischen Debatte darüber auszutauschen.

Eine weitere Frage ist, wie die Regierung heute zu ihrer Aussage steht, es werde durch die krisenbedingten Sparmaßnahmen keine Personalentlassungen und keine Verminderung der Qualität der Dienstleistungen geben. Darauf kann ich nur antworten, dass es natürlich weiterhin das Ziel dieser Mehrheit ist, mit den Sparhaushalten, die aufgrund der krisenbedingten Einnahmeneinbußen und der verhandelten Vorgaben mit dem belgischen Staat eine Reihe von Maßnahmen unabdingbar gemacht haben, die Dienstleistungen und natürlich auch die Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten. Beim BRF bleiben die Dienstleistungen erhalten, denn er garantiert weiterhin sein Radioprogramm, sein Fernsehangebot und auch sein Internetangebot, wie es das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft bekanntlich vorschreibt. Da der BRF heute mit einer finanziellen Defizitsituation zu kämpfen hat, die sich, wenn man nichts unternimmt, in den kommenden Jahren verschärfen wird, hat man strukturelle Maßnahmen ergriffen, die für die Gesamtbeschäftigung des Hauses im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung von 1,59 Vollzeitäquivalenten ausmachen.

Auch alle anderen parastatalen Einrichtungen müssen versuchen, mit unseren Vorgaben zurechtzukommen. Die in diesem Hause in drei Wochen startenden Haushaltsberatungen werden zeigen, welche Finanzentwicklungen sich dort abzeichnen und welche Maßnahmen von den verantwortlichen Gremien ergriffen werden müssen.

Neben den Haushaltsplanungen, den Anpassungen und den dazugehörigen Analysen, denen wir uns jetzt widmen werden – insbesondere was den BRF angeht –, gibt es auch viele Resultate aus anderen internen Verfahren und Prozessen, auf die wir uns im Ausschuss stützen können und für deren ausführliche Analyse wir uns genügend Zeit nehmen müssen.

Aufgrund der aktuellen Finanzsituation ist die Regierung bereit, diesen schwierigen Weg zu gehen. Wir hoffen, dass Mehrheit und Opposition bereit sind, uns auf diesem Weg zu begleiten, der sich über die ganze Sitzungsperiode erstrecken wird, weil diese Prozesse zum Teil mehrere Monate in Anspruch nehmen werden. Es geht nämlich nicht nur darum, die Vergangenheit aufzuarbeiten, sondern vor allem darum, die Zukunft des BRF zu gestalten. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(Applaus bei der PFF, der SP und ProDG)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Frau Arens hat das Wort zur Erwidernung.

FRAU ARENS (*aus dem Saal*): Ich wollte jetzt nicht mehr auf das Gesagte reagieren, weil wir in den nächsten Ausschusssitzungen genügend Zeit haben werden, um auf die einzelnen Aspekte einzugehen.

HERR SCHRÖDER, Präsident: Möchte noch jemand die Gelegenheit zur Erwidernung nutzen? Herr Frank hat das Wort.

HERR FRANK (*aus dem Saal*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz kurz auf das Gesagte reagieren. Einige Aussagen, die hier gemacht worden sind, haben mich erstaunt und überrascht. Hier verlangt man nämlich vom BRF

und auch – so ist es jedenfalls angeklungen – von anderen parastatalen Einrichtungen, mit dem Einkommen auszukommen. Diejenigen aber, die das verlangen, sind selbst nicht mit dem Einkommen ausgekommen. Man kann nicht Wasser predigen und selbst Wein trinken!

Ein zweiter Aspekt: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass zwei Fraktionen andere Wege gehen möchten, zumindest was die Besetzung des BRF-Verwaltungsrates angeht. Ich stelle mir die Frage – die habe ich auch schon öffentlich gestellt –, inwieweit das einer Privatisierung des BRF gleichkäme.

Einen weiteren Aspekt möchte ich ansprechen. Hier wird vorgeschlagen, zu sparen, indem man das Sendeprogramm abschaltet. Das kann doch nicht die Lösung sein! Man hat eine Programmreform angekündigt, aber man gibt sich nicht die nötigen finanziellen Mittel, um diese auch durchzuführen.

Ferner hieß es, es sei keine Eile geboten. Ich habe auf die Schnelle durchgerechnet und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass der BRF zurzeit 2.000 Euro pro Tag verliert, also ein Verlustgeschäft macht. Demzufolge ist meines Erachtens in der Tat Eile geboten.

Abschließend möchte ich Herrn Miesen, Frau Schmitz und auch der Ministerin recht geben, wenn sie bekräftigen, dass man wissen muss, wohin man möchte. Um zu wissen, wohin man möchte, muss man jedoch zuerst einmal wissen, woher man kommt, und deshalb fordern wir einen Untersuchungsausschuss. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der CSP)

Die Aussprache über die Interpellation ist abgeschlossen.

MÜNDLICHE FRAGEN

BEHANDELT IN AUSSCHUSSSITZUNGEN

Keine

BEHANDELT IN PLENARSITZUNGEN

Keine

SCHRIFTLICHE FRAGEN

FRISTGERECHTE ANTWORT

Schriftliche Frage Nr. 97 vom 5. Juli 2012 von Herrn Grommes an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz über Kosten für Fahrzeuge des Ministeriums, der Regierung, der parastatalen Einrichtungen und Dienste mit getrennter Geschäftsführung

Frage

Im Oktober des vergangenen Jahres richtete mein Fraktionskollege Herr Frank an Sie eine Frage nach den Kosten für die Fahrzeuge des Ministeriums, der Regierung, der parastatalen Einrichtungen und Dienste mit getrennter Geschäftsführung. Aus der damals von Ihnen übermittelten chronologischen Auflistung der angemeldeten Fahrzeuge geht hervor, dass zuletzt am 3. Oktober 2011 ein Wagen zugelassen wurde.

Da sich die jährlichen Kosten für die Fahrzeuge nicht ohne Weiteres aus dem Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft herauslesen lassen, richte ich folgende Fragen an Sie:

1. Sind nach dem 3. Oktober 2011 zusätzliche Fahrzeuge in den Fuhrpark der Regierung, des Ministeriums, der parastatalen Einrichtungen oder Dienste mit getrennter Geschäftsführung aufgenommen worden? Wenn ja, welche Kosten sind damit verbunden [bitte getrennt nach Marke, Typ, Hubraum, Anschaffungsdatum, Anschaffungskosten des Fahrzeugs, ggf. Gesamtleasingkosten (bitte Beginn und Ende des Leasingvertrags angeben), Treibstoffkosten, CO₂-Emission, Wartungskosten, ggf. Reparaturen, Kosten für Versicherung und Steuern]?
2. Über welche sogenannten Extras oder Optionen verfügen die einzelnen Fahrzeuge und wie viel kosten diese?

Antwort

In Beantwortung dieser neuen Frage über die Kosten der Dienstfahrzeuge übermittele ich Ihnen in der Anlage die Liste der Ab- und Anmeldungen von Dienstfahrzeugen der Regierung, des Ministeriums, der Einrichtungen öffentlichen Interesses und der Dienste mit getrennter Geschäftsführung für den Zeitraum vom 3. Oktober 2011 bis zum 15. September 2012. In dieser Liste sind pro Fahrzeug sämtliche Kosten aufgeführt.

Anlage:

- *Liste der Ab- und Anmeldungen von Dienstfahrzeugen der Regierung, des Ministeriums, der Einrichtungen öffentlichen Interesses und der Dienste mit getrennter Geschäftsführung für den Zeitraum vom 03.10.2011 bis zum 15.09.2012*

Schriftliche Frage Nr. 98 vom 12. Juli 2012 von Herrn Balter an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz im Zusammenhang mit dem REK-Projekt *Wirtschaften mit der Natur*

Frage

Im REK, Band 3, ist unter *Wirtschaften mit der Natur* im Teilprojekt 2 ist die Rede von einer Modellregion für Energieeffizienz und erneuerbare Energien – „Energieautarke DG“.

Hierzu meine Fragen:

1. Gab es im Hinblick auf die Erzeugung und Verteilung von Strom und Wärme schon Gespräche mit der Wallonischen Region und strebt die Regierung ein Gesamtkonzept an?
2. Sind bereits Gespräche mit Erzeugern von erneuerbarer Energie und mit den hiesigen Betreibern der Stromnetze geführt worden? Wenn ja, könnten Sie uns hierüber berichten? Wenn nein, sind diese geplant?

Antwort

Zu Frage 1: Gab es im Hinblick auf die Erzeugung und Verteilung von Strom und Wärme schon Gespräche mit der Wallonischen Region und strebt die Regierung ein Gesamtkonzept an?

Zum gegenseitigen Austausch bezüglich regionaler Strategiekonzepte finden regelmäßig Treffen zwischen den Verantwortlichen des wallonischen *Marshall-Plans 2.grün* und des Regionalen Entwicklungskonzepts der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt. Im Rahmen dieser Treffen spielen die Themen erneuerbare Energien und Energieeffizienz eine entscheidende Rolle. Zusammen mit anderen Themen, die eine enge Abstimmung zwischen der Wallonie und der Deutschsprachigen Gemeinschaft nahelegen, wurden sie auch auf die Tagesordnung der letzten gemeinsamen Regierungssitzung gesetzt. Dieser Austausch soll nun fortgesetzt werden. Darüber hinaus wird zu den erwähnten Themen ein regelmäßiger informeller Austausch gesichert.

Zu Frage 2: Sind bereits Gespräche mit Erzeugern von erneuerbarer Energie und mit den hiesigen Betreibern der Stromnetze geführt worden? Wenn ja, könnten Sie uns hierüber berichten? Wenn nein, sind diese geplant?

Am 7. Juni 2012 hat die Regierung das *Wuppertal Institut* mit der Erstellung eines Energieleitbilds für die Deutschsprachige Gemeinschaft beauftragt. Das erste Arbeitspaket besteht aus einer Datenerhebung. In diesem Kontext wird der Auftragnehmer selbstverständlich mit Erzeugern von erneuerbarer Energie und hiesigen Betreibern der Stromnetze Kontakt aufnehmen.

Im Juli 2011 wurde bereits eine erste Bestandsaufnahme zu Erzeugung und Verbrauch von Strom und Wärme in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgelegt. Der Verfasser dieser Bestandsaufnahme hat dazu ebenfalls verschiedene Erzeuger und Betreiber von Stromnetzen kontaktiert.

Es ist geplant, den zuständigen Parlamentsausschuss Anfang Oktober über den Stand der derzeitigen Arbeiten mit dem *Wuppertal Institut* zu informieren.

Schriftliche Frage Nr. 99 vom 12. Juli 2012 von Herrn Balter an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zur Unkostenpauschale

Frage

Wir durften in Ihrer Antwort auf unsere Frage Nr. 68 vom 25. Januar 2012 zur Kenntnis nehmen, dass sich die Funktionskosten der Kabinette im Jahr 2011 auf 398.747,97 Euro

beliefen. Davon wurden 43.902,15 Euro als Unkostenpauschale für die Regierung angegeben.

Hierzu meine Frage: Verfügen Sie über eine detaillierte Aufstellung der obengenannten Unkostenpauschale? Wenn ja, könnten Sie uns diese bitte zukommen lassen?

Antwort

Im Rahmen der täglichen Arbeit der Regierung entstehen Unkosten, für die es nicht möglich oder nicht üblich ist, Belege zu erhalten. Für solche Ausgaben hat die Regierung eine Unkostenpauschale für die Minister, für die Kabinettschefs und für die Fahrer vorgesehen. Diese Pauschalen decken somit kleine Ausgaben ab, die im Rahmen von Außenterminen, beispielsweise bei der Überbrückung von Wartezeiten, entstehen können.

Für diese Pauschalen gelten aktuell die folgenden Tarife:

Für jeden Minister	500,00 Euro/Monat	= 6.000,00 Euro/Jahr
Für jeden Fahrer	161,00 Euro/Monat	= 1.932,00 Euro/Jahr
Für jeden Kabinettschef	238,11 Euro/Monat	= 2.857,32 Euro/Jahr

Im Jahr 2011 betragen die Ausgaben für diese Pauschalen insgesamt 43.902,15 Euro, die wie folgt gegliedert sind:

Für die Minister:	24.000,00 Euro
Für die Fahrer:	8.794,00 Euro
Für die Kabinettschefs:	11.113,72 Euro

Schriftliche Frage Nr. 100 vom 11. September 2012 von Herrn Balter an Frau Ministerin Weykmans zur finanziellen Unterstützung von Berufssportlern durch die Deutschsprachige Gemeinschaft

Frage

In der Antwort auf Frage Nr. 83 vom 3. Mai 2012 stellten Sie klar: „Es sind keine Unterstützungen für Berufssportler durch die Deutschsprachige Gemeinschaft in der Vergangenheit oder aktuell vorgesehen.“

In diesem Zusammenhang bitte ich um Beantwortung der Frage, ob die Deutschsprachige Gemeinschaft Spitzensportler aus dem Radrennstalls *Wallonie-Brüssel* finanziell unterstützt. Wenn ja, warum, und wie hoch ist diese Unterstützung?

Antwort

Sehr geehrter Herr Balter, im Rahmen der schriftlichen Frage Nr. 83 von Herrn Mertes im Mai dieses Jahres hatte ich bereits die Gelegenheit, auf die Thematik einzugehen und auf die Frage nach der Unterstützung von sogenannten Spitzensportlern zu antworten.

In der Tat ist es so, dass die gesetzlichen Grundlagen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwar eine Förderung auf Basis der Artikel 22 und 24 des Sportdekrets vom 19. April 2012 für Sportler, Sportlerinnen und Mannschaften vorsehen. Eine zusätzliche Unterstützung für Berufssportler, die Gegenstand Ihrer Frage ist, ist allerdings nicht vorgesehen.

In Anwendung der oben genannten Rechtsgrundlage ist es der Deutschsprachigen Gemeinschaft möglich, einen finanziellen Beitrag zur Unterstützung des jungen talentierten und ambitionierten Radsportlers Christian Patron zu leisten. In diesem Zusammenhang verweise ich auf meine ausführliche Stellungnahme, die Sie im Bericht des Ausschusses II zum Dokument 5-HH2011-2. Anpassung (2011-2012) Nr. 1 nachlesen können.

Zur Erinnerung: 2012 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft einen Vertrag mit dem Radrennstall *Wallonie-Bruxelles* geschlossen, in dem der Betrag von 25.000 Euro zur Teildeckung der anfallenden Unkosten für Ausrüstung (Rennräder), Ausstattung (Rennkleidung, usw.), Unterbringungs- und Verpflegungskosten und allgemeine Funktionskosten vorgesehen wird.

NICHT FRISTGERECHTE ANTWORT

Keine

UNBEANTWORTETE FRAGE

Schriftliche Fragen Nrn. 28 bis 31 (*siehe konsolidierte Übersicht*)

KONSOLIDIERTE ÜBERSICHT DER SCHRIFTLICHEN FRAGEN

Frage Nr.	Datum	Thema	Fragesteller	Befragter Minister	Antwort	Veröffentlichung
1	25.08.2009	Bildungsstand in der DG	B. Collas (PFF)	O. Paasch	Fristgerecht 09.10.2009	Bulletin Nr. 1 S. 17
2	22.10.2009	REACH-Verordnungen	K.-H. Braun (ECOLO)	H. Mollers	Fristgerecht 17.11.2009	Bulletin Nr. 2 S. 29
3	16.12.2009	Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie (DRL)	F. Franzen (ECOLO)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 15.01.2010	Bulletin Nr. 4 S. 19
4	16.12.2009	Mietnebenkosten Euregio	K.-H. Braun (ECOLO)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 25.01.2010	Bulletin Nr. 4 S. 23
5	16.12.2009	Büroflächenbedarf und Mietkosten	K.-H. Braun (ECOLO)	O. Paasch	Fristgerecht 25.01.2010	Bulletin Nr. 4 S. 24
6	16.12.2009	Büroflächenbedarf und Mietkosten	K.-H. Braun (ECOLO)	I. Weykmans	Fristgerecht 22.01.2010	Bulletin Nr. 4 S. 26
7	16.12.2009	Büroflächenbedarf und Mietkosten	K.-H. Braun (ECOLO)	H. Mollers	Fristgerecht 22.01.2010	Bulletin Nr. 4 S. 27
8	23.12.2009	DG-Gemeinden – Zuschüsse für Gemeindeprojekte	G. Palm (ProDG)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 01.02.2010	Bulletin Nr. 4 S. 29
9	03.02.2010	Zuschlagsteuern auf Einkommenssteuer und Immobilienvorabzug	F. Franzen (ECOLO)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 12.03.2010	Bulletin Nr. 5 S. 41
10	03.02.2010	Halstuchspiel	K.-H. Braun (ECOLO)	O. Paasch	Fristgerecht 12.03.2010	Bulletin Nr. 5 S. 44
11	16.04.2010	Aufenthalt Berlin	G. Thiemann (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 17.05.2010	Bulletin Nr. 7 S. 15
12	16.04.2010	Strategie „BE 2020“	H. Grommes (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 11.05.2010	Bulletin Nr. 7 S. 16
13	20.04.2010	Win-win-Plan	B. Collas (PFF)	O. Paasch	Fristgerecht 17.05.2010	Bulletin Nr. 7 S. 23
14	10.05.2010	Investitionen in Schulgebäude	G. Thiemann (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 07.06.2010	Bulletin Nr. 8 S. 29
15	10.05.2010	Veralterung der Bevölkerung in der DG	B. Collas (PFF)	H. Mollers	Fristgerecht 07.06.2010	Bulletin Nr. 8 S. 30
16	15.07.2010	Gemeindefinanzen	G. Palm (ProDG)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 11.10.2010	Bulletin Nr. 9 S. 19
17	22.10.2010	Studienorte der Abiturienten	P. Arimont (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 18.11.2010	Bulletin Nr. 11 S. 19
18	29.10.2010	Besuch der französisch- und deutschsprachigen Schulen	P. Arimont (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 26.11.2010 Zusatzinformation am 29.06.2011	Bulletin Nr. 11 S. 27
19	08.11.2010	Thüringen-Tage	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 07.12.2010	Bulletin Nr. 12 S. 9

20	19.11.2010	ÖSHZ-Kosten	P. Meyer (CSP)	H. Mollers	Fristgerecht 16.12.2010	Bulletin Nr. 12 S. 9
21	13.12.2010	Bildungspolitisches Gesamtkonzept	P. Schmitz (ProDG)	O. Paasch	Fristgerecht 04.01.2011	Bulletin Nr. 13 S. 33
22	07.02.2011	Aktueller Kassenstand der DG	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 14.03.2011	Bulletin Nr. 15 S. 7
23	07.02.2011	Innovative Konzepte für die Erhaltung von Dorfschulen	P. Arimont (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 14.03.2011	Bulletin Nr. 15 S. 17
24	07.02.2011	Kosten Karnevalsveranstaltung „Brüssel außer Rand und Band“	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 14.03.2011	Bulletin Nr. 15 S. 19
25	07.02.2011	Kosten Zusammenarbeit zwischen AGORA und der DG	P. Arimont (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 14.03.2011	Bulletin Nr. 15 S. 19
26	07.02.2011	Entwicklung der Anzahl freigestellter Mitarbeiter aus dem Unterrichtswesen	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 14.03.2011 von O. Paasch	Bulletin Nr. 15 S. 25
27	08.02.2011	Karnevalsveranstaltung „Brüssel außer Rand und Band“	M. Balter (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 14.03.2011	Bulletin Nr. 15 S. 26
28	16.03.2011	Auslandsreisen 2010 – Kosten und Ergebnisse für die DG	F. Franzen (ECOLO)	K.-H. Lambertz	Keine Antwort	Bulletin Nr. 16 S. 73
29	16.03.2011	Auslandsreisen 2010 – Kosten und Ergebnisse für die DG	F. Franzen (ECOLO)	O. Paasch	Keine Antwort	Bulletin Nr. 16 S. 73
30	16.03.2011	Auslandsreisen 2010 – Kosten und Ergebnisse für die DG	F. Franzen (ECOLO)	I. Weykmans	Keine Antwort	Bulletin Nr. 16 S.73
31	16.03.2011	Auslandsreisen 2010 – Kosten und Ergebnisse für die DG	F. Franzen (ECOLO)	H. Mollers	Keine Antwort	Bulletin Nr. 16 S. 73
32	29.03.2011	Energieaudit der Immobilien der Gemeinschaft und der Immobilien der paragemeinschaftlichen Einrichtungen	F. Franzen (ECOLO)	K.-H. Lambertz	Nicht fristgerecht 05.05.2011	Bulletin Nr. 17 S. 31
33	29.03.2011	Unkosten der Veranstaltung „Brüssel außer Rand und Band“	M. Balter (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Nicht fristgerecht 12.09.2011	Bulletin Nr. 20 S. 152
34	29.03.2011	Kosten bezüglich der Jugendkonferenz	A. Mertes (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 29.04.2011	Bulletin Nr. 17 S. 25
35	29.03.2011	Stromanbieter und aktueller Stromverbrauch der verschiedenen Einrichtungen der DG	M. Balter (VIVANT)	K.-H. Lambertz O. Paasch H. Mollers I. Weykmans	Nicht fristgerecht durch K.-H. Lambertz 05.05.2011	Bulletin Nr. 17 S. 33
36	05.04.2011	Mitgliedschaft der DG bei der FUEV	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 02.05.2011	Bulletin Nr. 17 S. 25
37	05.04.2011	Frühlingsfest der DG in Berlin	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 02.05.2011	Bulletin Nr. 17 S. 26
38	07.04.2011	Krebserkrankungen im Süden der DG	J.-L. Velz (SP)	H. Mollers	Fristgerecht 10.05.2011	Bulletin Nr. 17 S. 27
39	29.04.2011	Drittes Frühlingsfest der DG in Berlin	M. Balter (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Nicht fristgerecht 07.06.2011	Bulletin Nr. 18 S. 54
40	11.05.2011	Wohnheime, Wohngemeinschaften und Wohnressourcen im Süden der DG	P. Arimont (CSP)	H. Mollers	Fristgerecht 07.06.2011	Bulletin Nr. 18 S. 47
41	11.05.2011	Produktions- und Versandkosten des Regionalen Entwicklungskonzepts	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 07.06.2011 Endgültige Antwort 23.06.2011	Bulletin Nr. 18 S. 50 und Bulletin Nr. 19 S.14

42	13.05.2011	Auflistung der angefallenen Spesen in 2010 für jedes der vier Ministerkabinette	A. Mertes (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Beantwortet von K.-H. Lambertz in der Plenarsitzung vom 27.06.2011	Bulletin Nr. 18 S. 53
43	13.05.2011	Auflistung der angefallenen Spesen in 2010 für jedes der vier Ministerkabinette	A. Mertes (VIVANT)	O. Paasch	Beantwortet von K.-H. Lambertz in der Plenarsitzung vom 27.06.2011	Bulletin Nr. 18 S. 54
44	13.05.2011	Auflistung der angefallenen Spesen in 2010 für jedes der vier Ministerkabinette	A. Mertes (VIVANT)	I. Weykmans	Beantwortet von K.-H. Lambertz in der Plenarsitzung vom 27.06.2011	Bulletin Nr. 18 S. 54
45	13.05.2011	Auflistung der angefallenen Spesen in 2010 für jedes der vier Ministerkabinette	A. Mertes (VIVANT)	H. Mollers	Beantwortet von K.-H. Lambertz in der Plenarsitzung vom 27.06.2011	Bulletin Nr. 18 S. 54
46	27.05.2011	Kostenaufstellung REK Band 3	M. Balter (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 23.06.2011	Bulletin Nr. 19 S. 14
47	27.05.2011	Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs	P. Arimont (CSP)	H. Mollers	Fristgerecht 22.06.2011	Bulletin Nr. 19 S. 16
48	30.05.2011	Symposium zu Chancen und Potenzialen von Mehrsprachigkeit in Schulen und Hochschulen	A. Mertes (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 10.06.2011	Bulletin Nr. 18 S. 51
49	30.05.2011	Neubesetzung der Direktorenstelle des BRF	A. Mertes (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 24.06.2011	Bulletin Nr. 19 S. 18
50	15.06.2011	Spenden an internationale Hilfsorganisationen	A. Mertes (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 25.07.11	Bulletin Nr. 20 S. 31
51	17.06.2011	Haus Ternell: Umbauarbeiten, Konzession	R. Arens (ECOLO)	I. Weykmans	Fristgerecht 17.08.11	Bulletin Nr. 20 S. 31
52	21.06.2011	Vertreter der Regierung in Organisationen und Einrichtungen	K.-H. Braun (ECOLO)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 24.09.2011	Bulletin Nr. 20 S. 34 + Bulletin Nr. 20 Erratum
53	21.06.2011	Steuereinnahmen auf dem Gebiet der DG	M. Balter (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 20.09.2011	Bulletin Nr. 20 S. 133
54	30.06.2011	Aufklärungsbroschüre zu der angekündigten Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs	M. Balter (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 19.09.11	Bulletin Nr. 20 S. 137
55	12.09.2011	Genehmigung von BVA-Stellen	K.-H. Braun (ECOLO)	O. Paasch	Fristgerecht 27.09.11	Bulletin Nr. 20 S. 138
56	17.10.2011	Leseförderung	N. Rotheudt (SP)	O. Paasch	Fristgerecht 10.11.2011	Bulletin Nr. 22 S. 35
57	21.10.2011	Kosten für Fahrzeuge des Ministeriums	L. Frank (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 21.11.2011	Bulletin Nr. 22 S. 38
58	21.10.2011	Kosten für Fahrzeuge der Regierung	L. Frank (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 21.11.2011	Bulletin Nr. 22 S. 45
59	21.10.2011	Kosten für Fahrzeuge der sogenannten parastatalen Einrichtungen und Dienste mit getrennter Geschäftsführung	L. Frank (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 21.11.2011	Bulletin Nr. 22 S. 45
60	08.11.2011	Finanzielle Unterstützungen von privaten Veranstaltungen in den Jahren 2010 und 2011	A. Mertes (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 02.12.2011	Bulletin Nr. 23 S. 33

61	06.12.2011	Förderung von Spitzensportlern	R. Chaineux (CSP)	I. Weykmans	Fristgerecht 22.12.2011	Bulletin Nr. 24 S. 23
62	16.12.2011	Heidelberg-Kloster	P. Arimont (CSP)	I. Weykmans	Fristgerecht 26.01.2012	Bulletin Nr. 24 S. 28
63	03.01.2012	Impfungen gegen HPV und gegen Masern	A. Mertes (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 27.01.2012	Bulletin Nr. 24 S. 30
64	18.01.2012	Bezeichnung des BRF-Direktors	L. Frank (CSP)	I. Weykmans	Fristgerecht 13.02.2012	Bulletin Nr. 24 S. 31
65	25.01.2012	Kosten des Kabinetts von Ministerin Weykmans – Jahre 2010 und 2011	M. Balter (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 01.03.2012	Bulletin Nr. 25 S. 17
66	25.01.2012	Kosten des Kabinetts von Minister Mollers – Jahre 2010 und 2011	M. Balter (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 01.03.2012	Bulletin Nr. 25 S. 18
67	25.01.2012	Kosten des Kabinetts von Minister Paasch – Jahre 2010 und 2011	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 01.03.2012	Bulletin Nr. 25 S. 19
68	25.01.2012	Kosten des Kabinetts von Ministerpräsident Lambertz – Jahre 2010 und 2011	M. Balter (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 01.03.2012	Bulletin Nr. 25 S. 19
69	02.02.2012	Kosten des Heidelberg-Projekts	A. Mertes (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 08.03.2012	Bulletin Nr. 25 S. 19
70	09.02.2012	Neujahrsempfang des SPD-Ortsvereins in der DG-Vertretung	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 16.03.2012	Bulletin Nr. 25 S. 20
71	09.02.2012	Kosten für Buchgeschenke	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 16.03.2012	Bulletin Nr. 25 S. 20
72	15.02.2012	Finanzierung der Gemeinden	H. Grommes (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 23.03.2012	Bulletin Nr. 26 S. 31
73	13.03.2012	Entwicklung des PPP-Schulinfrastrukturprojekts	P. Arimont (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 19.04.2012	Bulletin Nr. 27 S. 25
74	16.03.2012	Angebote für hörgeschädigte Jugendliche	L. Frank (CSP)	I. Weykmans	Fristgerecht 23.04.2012	Bulletin Nr. 27 S. 26
75	16.03.2012	Schulrückstand in der DG	P. Creutz (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 20.04.2012	Bulletin Nr. 27 S. 29
76	22.03.2012	Tourismusbörse in Berlin (ITB)	P. Arimont (CSP)	I. Weykmans	Fristgerecht 27.04.2012	Bulletin Nr. 27 S. 34
77	22.03.2012	Entwicklung der Personalkosten im Ministerium der DG	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 27.04.2012	Bulletin Nr. 27 S. 35
78	04.04.2012	Frühlingsfest der DG	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 10.05.2012	Bulletin Nr. 27 S. 44
79	05.04.2012	Neujahrsempfang des SPD-Ortsvereins in der DG-Vertretung	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 10.05.2012	Bulletin Nr. 27 S. 46
80	06.04.2012	Behindertengerechte Gestaltung von Infrastrukturen der DG	L. Frank (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 15.05.2012	Bulletin Nr. 28 S. 79
81	23.04.2012	SODEM-Konferenz in Istanbul	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 21.05.2012	Bulletin Nr. 28 S. 85
82	23.04.2012	Treffen der Leiter der Landesvertretungen sowie der Botschafter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz	P. Arimont (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 21.05.2012	Bulletin Nr. 28 S. 85
83	26.04.2012	Bezuschussung des Sports in der DG	A. Mertes (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 24.05.2012	Bulletin Nr. 28 S. 86
84	26.04.2012	Bezuschussung von Spitzensportlern in der DG	A. Mertes (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 24.05.2012	Bulletin Nr. 28 S. 87
85	03.05.2012	Kosten des Kabinetts von Ministerin Weykmans – Jahre 2010 und 2011	M. Balter (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 01.06.2012	Bulletin Nr. 28 S. 87

86	04.05.2012	Aufnahmeprüfung zur Zulassung zur mittelständischen Ausbildung	L. Frank (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 01.06.2012	Bulletin Nr. 28 S. 88
87	08.05.2012	Badeverbot in der Our	M. Balter (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 01.06.2012	Bulletin Nr. 28 S. 92
88	21.05.2012	Impfkampagne gegen Humane Papillomaviren	F. Franzen (ECOLO)	H. Mollers	Fristgerecht 14.06.2012	Bulletin Nr. 28 S. 94
89	23.05.2012	Gesunde Schulernährung	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 15.06.2012	Bulletin Nr. 28 S. 96
90	05.06.2012	Finanzierung der VoG Beltomundial	L. Frank (CSP)	I. Weykmans	Fristgerecht 29.06.2012	Bulletin Nr. 29 S. 29
91	11.06.2012	Belegschaft der Krankenhäuser in der DG	L. Frank (CSP)	H. Mollers	Fristgerecht 26.06.2012	Bulletin Nr. 29 S. 30
92	14.06.2012	Sozialdienst für das Personal des Gemeinschaftsunterrichtswesens	K.-H. Braun (ECOLO)	O. Paasch	Fristgerecht 04.07.2012	Bulletin Nr. 29 S. 32
93	14.06.2012	Heidberg-Kloster – Eigentumsverhältnisse und Businessplan	R. Arens (ECOLO)	I. Weykmans	Fristgerecht 12.07.2012	Bulletin Nr. 29 S. 34
94	15.06.2012	REK – Wirtschaften mit der Natur	M. Balter (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 12.07.2012	Bulletin Nr. 29 S. 36
95	21.06.2012	Beschulung von neu ankommenden Schülern	K.-H. Braun (ECOLO)	O. Paasch	Fristgerecht 31.08.2012	Bulletin Nr. 29 S. 37
96	26.06.2012	Sensibilisierungsmaßnahme „DG Inklusiv“	L. Frank (CSP)	H. Mollers	Fristgerecht 11.09.2012	Bulletin Nr. 30 S. 21
97	05.07.2012	Kosten für Fahrzeuge des Ministeriums, der Regierung, der parasitären Einrichtungen und Dienste mit getrennter Geschäftsführung	H. Grommes (CSP)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 24.09.2012	Bulletin Nr. 31 S. 21
98	12.07.2012	REK – Wirtschaften mit der Natur	M. Balter (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 02.10.2012	Bulletin Nr. 31 S. 23
99	12.07.2012	Unkostenpauschale	M. Balter (VIVANT)	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 02.10.2012	Bulletin Nr. 31 S. 23
100	11.09.2012	Unterstützungen für Berufssportler durch die DG	M. Balter (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 09.10.2012	Bulletin Nr. 31 S. 24